



Abgeordnetenhauswahl in Berlin

Abgeordnetenhauswahl in Berlin

am 18. September 2016

Wahlanalyse

Endgültiges Ergebnis

Viola Neu

Sabine Pokorny

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu und Dr. Sabine Pokorny

Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

viola.neu@kas.de/sabine.pokorny@kas.de

Nico Lange

Stellv. Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung /
Leiter Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

nico.lange@kas.de

1. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Abgeordnetenhauswahl¹ in Berlin 2016

Die Berliner Abgeordnetenhauswahl hat ein eng gefügtes Parteiensystem hervorgebracht, in dem keine Partei eine Vormachtstellung hat. Während die Volksparteien Verluste hinnehmen müssen, können sich alle anderen Parteien etwa behaupten oder zulegen. Der Trend zur Personalisierung, von dem häufig die Amtsinhaber profitieren, hat in Berlin keine Wirkung entfaltet. Dafür sind vor allem lokale und soziale Themen für die Wahlentscheidung von Bedeutung, gekoppelt mit einer gewissen Enttäuschung über die Arbeit des Senats. Auf der Ebene der Protestparteien ist es zu einem Austausch gekommen. Die Piraten verlassen das Abgeordnetenhaus, die AfD zieht ein.

Trends lassen sich aus dem Wahljahr 2016 – mit Ausnahme der Zunahme der AfD - nicht ablesen, zu unterschiedlich sind die Ergebnisse in den Ländern. Die Amtsinhaber wurden bestätigt, wenn auch auf sehr unterschiedlichem Niveau (CDU in Sachsen-Anhalt, SPD in Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, Grüne in Baden-Württemberg). Die Grünen haben nach ihrem Wahlsieg in Baden-Württemberg und dem verhältnismäßig guten Abschneiden in Berlin auch recht schmerzliche Wahlergebnisse und starke Verluste hinnehmen müssen. Die FDP kann in Berlin, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz eine befriedigende Bilanz ziehen. Die Linke kann nur in Berlin eine positive Bilanz ziehen. Alle anderen Wahlergebnisse waren von Verlusten geprägt.

Dass keine Partei sich eindeutig von den anderen absetzen kann, hat zu einigen historischen Besonderheiten geführt. Für CDU und SPD ist es das schlechteste Ergebnis in der Stadt. Und die stärkste Partei (SPD) war noch

¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellen. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass lediglich die Daten der Institute und nicht deren Interpretation übernommen werden. Daher beziehen sich die Angaben in Klammern auf das die Daten erhebende Institut.

nie so schwach. Bei der CDU ist jedoch zu berücksichtigen, dass sie seit 2001 durch die Turbulenzen um den Bankenskandal erheblich an Vertrauen eingebüßt hat. Die CDU konnte in den 1990er und 1980er Jahren mit Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen den Regierenden Bürgermeister stellen und meist Ergebnisse von mehr als 40 Prozent erzielen. Seit 2001 liegen ihre Ergebnisse bei gut 20 Prozent. Aber auch die SPD hat seit den „Willy“-Wahlen in den 1960er Jahren (fast) kontinuierlich verloren, stellt aber seit 2001 den Regierenden Bürgermeister. Die Grünen schneiden in Berlin zwar traditionell gut ab, doch konnten sie nur zweimal kurz in „Interimsregierungen“ Regierungsverantwortung übernehmen. Die SPD ist 2001 und 2006 Koalitionen mit der Linken (PDS) eingegangen. Die Wahlergebnisse der Linken weisen im Lauf der Jahrzehnte eine große Spannweite auf. Am besten schnitten sie bei der Gysi-Wahl 2001 mit 22,6 Prozent ab. Der Überraschungsgewinner der Vorwahl (Piraten) ist auf die Größe einer Kleinstpartei geschrumpft. Auch großes Engagement im Abgeordnetenhaus konnte sie nicht retten, zumal ein großer Teil ihrer Repräsentanten in anderen Parteien (Linke, SPD und FDP) eine neue Heimat gefunden haben. Die FDP konnte mit einer pfiffigen Kampagne und einem Berliner-Herz-Thema (Tegel) wieder ins Abgeordnetenhaus einziehen.

Berlin ist eine heterogene Stadt. Die zwölf Bezirke – von denen jeder etwa so groß ist wie eine Großstadt - und die unzähligen Kieze werden von sehr kleinräumigen lokalen Themen bestimmt. Berlin ist aber auch ein Lebensgefühl mit hoher Attraktivität, was sich an den stetig wachsenden Touristenzahlen und dem permanenten Zuzug in die Stadt ablesen lässt. Wirtschaftsindikatoren wie Wirtschaftswachstum oder Arbeitslosigkeit haben sich zudem positiv entwickelt. Dennoch ist Berlin keine „reiche“ Stadt. Die Einkommen in Berlin liegen im bundesdeutschen Mittelfeld. Wesentlich geringer sind die Bruttomonatsverdienste in den neuen Ländern. Auch bei der Arbeitslosigkeit gehört Berlin zu den Ländern, die

mit etwa 10 Prozent nach wie vor die höchste Arbeitslosigkeit in Deutschland haben. Berlin unterscheidet sich aber auch in anderen Bereichen von den anderen Ländern. Berlin ist das Land mit der geringsten Eigentümerquote, während das Saarland das Land mit der höchsten Eigentümerquote ist. In Berlin ist der Ausländeranteil deutschlandweit am höchsten und zudem ist Berlin für Asylsuchende besonders attraktiv.

Trotz des großen Andrangs von Flüchtlingen und den damit verbundenen logistischen Problemen, gehen die Berliner mit dem Flüchtlingsthema entspannter um, als dies in anderen Bundesländern der Fall war und sie setzen auch inhaltlich andere Schwerpunkte. Für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen sprechen sich in Berlin 62 Prozent aus. Vor zwei Wochen in Mecklenburg-Vorpommern betrug der Anteil 85 Prozent. Ein Drittel der Berliner ist der Meinung, für die Flüchtlinge würde mehr getan als für die einheimische Bevölkerung. In Mecklenburg-Vorpommern sagten dies 46 Prozent und in Sachsen-Anhalt im März 54 Prozent. Auch im Bereich der kulturellen Ängste zeigen sich die Berliner recht unbesorgt. 32 Prozent sagen, es würde ihnen Angst machen, dass so viele Flüchtlinge zu uns gekommen sind. In Mecklenburg-Vorpommern stimmten hier 47 Prozent und in Sachsen-Anhalt 53 Prozent zu (infratest dimap).

Daher verwundert es auch nicht, dass die Berliner das Flüchtlingsthema eher als lokales und soziales Problem sehen. 64 Prozent machen sich Sorgen, dass die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt größer wird und 55 Prozent befürchten, die Sozialausgaben werden zu stark steigen (infratest dimap). Die Bedrohung der kulturellen Werte durch die Flüchtlinge sehen 26 Prozent der Berliner. Auch dies ein eher niedriges Niveau (Forschungsgruppe Wahlen).

Zwar ist das Flüchtlingsthema auch in Berlin auf Platz eins der wichtigsten politischen Themen, jedoch in einem anderen Kontext. Denn die lokalen

Themen sind für die Berliner von großer Bedeutung. Flüchtlinge und Integration nennen 44 Prozent als wichtigstes Thema. 30 Prozent nennen den Wohnungsmarkt und 23 Prozent das Thema Schule/Bildung.

In der Problemlösungskompetenz spiegelt sich die differenzierte Sicht auf die Parteien wider, wie sie im Wahlergebnis zum Ausdruck kommt. Die Berliner sehen nicht eine Partei als besonders fähig an, die Probleme zu lösen, sondern erkennen bei vielen Parteien Lösungsfähigkeit an. Beim Thema Flüchtlinge liegen CDU und SPD mit jeweils 19 Prozent gleichauf. Die anderen Parteien bekommen hier aber auch Kompetenzen im zweistelligen Bereich zugesprochen. Ähnlich verhält es sich mit der Bildungspolitik. Hier liegt die SPD mit 25 Prozent Nennungen zwar vorne, aber allen anderen Parteien werden auch Kompetenzen zugesprochen. Beim Thema Wohnungsmarkt wird der SPD (28 Prozent), aber auch der Linken mit 19 Prozent eher die Lösung zugetraut. Bei Wirtschaft und Arbeitsplätzen führt zwar die SPD, hier kann die CDU aber mit jeweils 22 Prozent auch punkten. Einen eindeutigen Kompetenzvorsprung hat die CDU mit 30 Prozent bei der Bekämpfung der Kriminalität. Beim Themenfeld soziale Gerechtigkeit können SPD (30 Prozent) und Linke (26 Prozent) das Feld unter sich ausmachen. In der Verkehrspolitik können hingegen die Grünen mit 29 Prozent Nennungen alle anderen Parteien weit hinter sich lassen (Forschungsgruppe Wahlen).

Daher haben auch in Berlin die landespolitischen Themen mit 63 Prozent den Ausschlag für die Wahlentscheidung gegeben (Forschungsgruppe Wahlen).

Die lokale Agenda spiegelt sich in einer Reihe berlinspezifischer Probleme wider, bei denen das Zutrauen in die Politik gering ist und die in der Hauptstadt fast jeder gleich bewertet. 94 Prozent sagen, die Politik habe beim Bau des Flughafens total versagt, 86 Prozent meinen, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich immer größer werden und 85

Prozent glauben, dass es kaum noch möglich ist, bezahlbare Wohnungen zu finden. Gleichermäßen sagen 65 Prozent, in den Ämtern und Behörden würde nichts richtig funktionieren (Forschungsgruppe Wahlen).

Zu der „hidden“ Agenda gehört auch das Thema Offenhalten des Flughafen Tegels, welches ein Alleinstellungsmerkmal in der FDP-Kampagne war. 61 Prozent der Berliner finden es gut, dass die Partei den Flughafen Tegel offen lassen will (infratest dimap). Die Anhänger der FDP begrüßten nicht nur unisono diese Forderung, sie sehen in der FDP auch eine Alternative zur CDU, was sich auch in den Wählerwanderungsbilanzen widerspiegelt.

Diese verborgene Agenda der Defizite, die nicht im Fokus der Kampagnen standen, erklärt, warum die Bewertungen der Regierung und des Regierenden Bürgermeisters bescheiden ausfallen und es zu keinen Personalisierungseffekten gekommen ist. Gut die Hälfte (54 Prozent) hätte den seit 2014 Regierenden Bürgermeister Michael Müller gerne wieder im Amt gesehen. Seinen Herausforderer und Innensenator Frank Henkel hätten 21 Prozent lieber als Regierenden Bürgermeister. Die 54 Prozent von Müller sind jedoch ein ausgesprochen niedriger Wert. In den letzten Jahren hat kein Amtsinhaber eine vergleichbar zurückhaltende Bewertung erhalten. Positive und damit hohe Werte erhalten die Kandidaten dann, wenn es ihnen gelingt, über die eigene Anhängerschaft hinaus Akzeptanz zu gewinnen und somit auch für viele parteipolitisch heterogene Wähler wählbar zu sein. Hier hatte der Spitzenkandidat der CDU ein Problem, da er in den eigenen Reihen mit 57 Prozent einen eher schwachen Rückhalt hatte und jenseits der eigenen Klientel noch geringeren Anklang findet. Weder in der SPD, bei den Grünen noch der Linken konnte er auf Stimmen zählen, was für eine starke Polarisierung zulasten der CDU spricht (Forschungsgruppe Wahlen).

Aber auch ein anderer Indikator ist ungewöhnlich. Die Repräsentanten der „kleineren“ Parteien werden wahrgenommen und kommen auf gute Werte. In vielen Ländern können die Politiker der kleineren und der Oppositionsparteien weder auf Bekanntheit noch auf Bewertung ihrer politischen Arbeit vertrauen. Dies ist in Berlin anders. Gefragt nach der Zufriedenheit mit der Arbeit der Spitzenpolitiker kommen Ramona Pop (Grüne) auf 31 Prozent, Klaus Lederer (Linke) auf 28 Prozent und Sebastian Czaja (FDP) auf 20 Prozent. Zum Vergleich: 53 Prozent äußern sich zufrieden mit Michael Müller und 31 Prozent mit Frank Henkel.

Während die Berliner die wirtschaftliche Lage so gut wie noch nie seit 1999 bewerten und der Optimismus größer als der Pessimismus ist, ist die Zufriedenheit mit dem Senat mit 36 Prozent auf einem sehr niedrigen Niveau. In keinem Bundesland wird die amtierende Landesregierung ähnlich negativ bewertet. Andererseits wurde auch in der Vergangenheit die Arbeit des Senats eher verhalten bewertet (infratest dimap).

Doch kann von der negativen Bewertung des Senats auch die Opposition nicht profitieren. Während die SPD in der Regierung auf einen Wert von 0,5 kommt (auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala), was im Vergleich mit anderen Koalitionären ein schwacher Wert ist, kommt die CDU auf -0,2. Aber auch die Linke in der Opposition wird mit -0,1 bewertet und die Arbeit der Grünen im Parlament erhält eine magere 0,1. Auch die Piraten können von ihrer Oppositionsarbeit nicht profitieren. Sie erhalten eine -1,4. Von diesen eher mauen Werten der Regierung und der Opposition können sich die Parteien nicht absetzen. Sie werden etwa so bewertet wie ihre Arbeit im Senat oder in der Opposition (Forschungsgruppe Wahlen).

Ähnlich zurückhaltend äußern sich die Berliner über die Koalitionen. SPD-Linke-Grüne finden 44 Prozent gut. Alle anderen Dreier-Bündnisse erhalten noch weniger Zustimmung. Aber auch die Fortsetzung der

Großen Koalition konnte nur bei 34 Prozent auf Zustimmung stoßen (Forschungsgruppe Wahlen).

Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse scheinen die Berliner nicht zu haben. So sagen 61 Prozent: „Egal wer regiert – keine Partei kriegt die Probleme in den Griff“. Weitere 68 Prozent glauben, dass die Stadt Berlin viele Chancen liegen lasse, die sich ihr böten, auch wenn zwei Drittel insgesamt eine positive Entwicklung in Berlin sehen. Aber auch hier ist Skepsis verbreitet: 55 Prozent befürchten, dass sie nicht von der künftigen Entwicklung Berlins profitieren werden (infratest dimap).

Trotz der nachweislichen Verbesserung der Strukturdaten des Landes im Vergleich zur Vorwahl, dominiert 2016 eine skeptische Beurteilung der Situation der Stadt. 57 Prozent sind der Ansicht, die Stadt sei schlecht auf die Zukunft vorbereitet (2011: 48 Prozent). Dies ist der schlechteste Wert eines Landes der letzten Jahre überhaupt (Forschungsgruppe Wahlen).

Während die Berliner CDU und ihr Spitzenkandidat verhalten bewertet werden (Henkel -0,1; CDU in Berlin 0,0), wird die Bundesebene von den Berlinern besser gesehen. Angela Merkel kommt auf 0,9 und die CDU im Bund auf 0,5 (Forschungsgruppe Wahlen).

Auch die Flüchtlingspolitik spielt zwar eine Rolle, aber eine andere als bei den anderen Wahlen des Jahres. 58 Prozent der Berliner glauben, dass das Land die große Zahl an Flüchtlingen verkraften kann. Nur die Anhänger der AfD weichen hier deutlich von allen anderen Anhängerschaften ab: Hier sagen 92 Prozent, Berlin könne die hohe Zahl nicht verkraften. Für diese Gruppe war das Flüchtlingsthema auch das wahlentscheidende. So sagen 98 Prozent der AfD-Anhänger, dass das Thema Flüchtlinge für sie entscheidend gewesen sei (alle Berliner 57 Prozent). Trotz der starken medialen Auseinandersetzung sagen 49 Prozent der Berliner, dass die Bundeskanzlerin ihre Sache in der

Flüchtlingspolitik eher gut mache. Dieser Ansicht sind jeweils etwa drei Viertel der Anhänger von CDU, SPD und der FDP. Von den Grünen sind 78 Prozent dieser Meinung (Forschungsgruppe Wahlen).

Wie bereits bei den vergangenen Wahlen zeichnen sich die AfD-Anhänger durch Pessimismus, Sorgen, diffuse Ängste und Skepsis aus. Bei jeder Frage unterscheiden sich die AfD-Anhänger deutlich von allen anderen Anhängerschaften. Hierzu einige Beispiele: 44 Prozent glauben, sie hätten weniger als ihnen zustünde (alle Berliner 23 Prozent). Sie sind der Ansicht, die AfD sei die einzige Partei, die die Probleme beim Namen nennt (93 Prozent, alle Berliner 25 Prozent). 53 Prozent sagen, sie hätten die AfD als Denkkettel für andere Parteien gewählt, 44 Prozent nennen die politischen Forderungen der Partei als Wahlmotiv (Forschungsgruppe Wahlen).

Besonders deutlich fallen die Differenzen bei der Bewertung des Flüchtlingszuzugs aus. Fast alle AfD-Anhänger sind der Ansicht, die Sozialausgaben würden zu stark steigen, die Kriminalität würde ansteigen, der Einfluss des Islams werde zu groß, die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt werde größer, und die Art und Weise wie wir in Deutschland leben würde sich zu stark verändern. Auch sind sie zu 89 Prozent der Meinung, das Leben in Berlin sei unsicherer geworden (alle Berliner 46 Prozent) (infratest dimap).

2. Das Wahlergebnis in Berlin 2016

Auch in Berlin setzt sich der diesjährige Trend der gesteigerten Wahlbeteiligung fort. 66,9 Prozent der Wähler haben ihre Stimme abgegeben, das sind 6,7 Prozentpunkte mehr als 2011.

Die **SPD** fährt mit 21,6 Prozent (-6,7 Punkte) ihr historisch schlechtestes Ergebnis in Berlin ein und wird dennoch stärkste Kraft. Ähnlich schlechte Ergebnisse hat die SPD bisher nur 1999 (22,4 Prozent) und 1995 (23,6 Prozent) erzielt. Im Westteil schneidet die SPD mit 23,3 Prozent besser ab als im Ostteil mit 19,3 Prozent, wo sie überdurchschnittlich starke Verluste zu verzeichnen hat (-9,6 Punkte). Am stärksten hat die SPD in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg (je -11,2 Punkte) und Pankow verloren (-9 Punkte). Absolut erhält die SPD 352.430 Zweitstimmen (-60.902). Sie gewinnt 38 Mandate (-9) für das Abgeordnetenhaus, davon 28 Direktmandate (-5).

Die **CDU** erzielt mit 17,6 Prozent (-5,7 Punkte) ebenfalls ihr schlechtestes Ergebnis in Berlin, verliert aber weniger stark als die SPD. Durch den Bankenskandal hat die CDU seit 2001 Schwierigkeiten, die Berliner Wähler anzusprechen. Seit 2001 erzielt sie lediglich Ergebnisse von unter 24 Prozent. Bei der aktuellen Wahl entfallen 287.997 Zweitstimmen auf die CDU (-53.161). Im Westteil erzielt die CDU mit 21 Prozent ein besseres Ergebnis als im Ostteil mit 13,2 Prozent. Im Osten der Stadt ist die CDU traditionell deutlich schlechter als im Westen. 2006 kam sie im Ostteil sogar nur auf 11,4 Prozent. Die höchsten Verluste verzeichnet die CDU in Steglitz-Zehlendorf (-10,6 Punkte), Reinickendorf (-10,4 Punkte) und Spandau (-9,6 Punkte). Sie entsendet 31 Abgeordnete (-8) ins Parlament, davon 21 Direktmandate (-4). Etwa zwei Drittel der CDU-Wähler geben an, sich in den letzten Wochen vor der Wahl oder schon früher für die Wahl der CDU entschieden zu haben.

Die **Linke** gehört zu den Wahlgewinnern und wird mit 15,6 Prozent (+3,9 Punkte) drittstärkste Kraft vor den Grünen. Im Ostteil der Stadt wird die Linke mit 23,4 Prozent sogar stärkste Partei, gewinnt aber mit 0,6 Punkten lediglich unterdurchschnittlich hinzu. Im Westteil schneidet sie mit 9,9 Prozent deutlich schlechter ab als im Osten, erzielt dort aber ihr historisch bestes Ergebnis. Zuvor hatte es die Linke lediglich 2001

geschafft, im Westteil über 5 Prozent zu erzielen. Die höchsten Gewinne verzeichnet die Linke in Friedrichshain-Kreuzberg (+10,4 Punkte), Neukölln (+7,9 Punkte) und Mitte (+6,6 Punkte). In drei Ost-Berliner Bezirken verliert die Linke hingegen an Rückhalt: Marzahn-Hellersdorf (-3,9 Punkte), Lichtenberg (-2,1 Punkte) und Treptow-Köpenick (-0,3 Punkte). Insgesamt entfallen 25.701 Zweitstimmen auf die Linke (+84.651). Sie gewinnt 27 Mandate (+8), wovon 12 Direktmandate sind (+3).

Die **Grünen** bleiben mit 15,2 Prozent (-2,4 Punkte) hinter ihrem Ergebnis von 2011. Sie schneiden im Westteil der Stadt mit 16,8 Prozent besser ab als im Ostteil mit 12,3 Prozent. Am stärksten haben die Grünen in Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg (je -4,3 Punkte) verloren. Absolut erzielen die Grünen 248.324 Zweitstimmen (-8.739). Sie verlieren zwei Mandate und kommen nun auf 27 Abgeordnete, davon sind 12 (+1) direkt gewählt.

Die **AfD** erreicht aus dem Stand 14,2 Prozent. Im Ostteil liegt ihr Ergebnis mit 17,2 Prozent über ihrem Anteil im Westteil, wo sie 12,2 Prozent erzielt. Die besten Ergebnisse erzielt die AfD in Marzahn-Hellersdorf (23,6 Prozent) sowie in Treptow-Köpenick (20,5 Prozent). Absolut entfallen 231.492 Zweitstimmen auf die AfD. Sie stellt 25 Abgeordnete, wovon 5 direkt gewählt wurden. Zwei der Wahlkreise hatte 2011 die SPD direkt gewonnen (Pankow 1, Treptow-Köpenick 3). Drei weitere Wahlkreise kann die AfD von der Linken direkt gewinnen (Marzahn-Hellersdorf 1, Marzahn-Hellersdorf 3, Lichtenberg 1).

Die **FDP** gehört ebenfalls zu den Gewinnern dieser Wahl. Nachdem sie 2011 deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, schafft sie nun mit 6,7 Prozent (+4,9 Punkte) den Wiedereinzug in das Berliner Abgeordnetenhaus. Im Westteil der Stadt kommt sie auf ganze 8,7 Prozent, während sie im Ostteil nur 4 Prozent erzielt. Die stärksten

Zugewinne verzeichnet die FDP in Charlottenburg-Wilmersdorf (+9,3 Punkte) und Steglitz-Zehlendorf (+8,8 Punkte). Absolut erzielt die FDP 109.500 Zweitstimmen (+82.557). Sie entsendet 12 Mandatsträger ins Abgeordnetenhaus, kann aber kein Direktmandat holen.

Die **Piraten** sind der größte Verlierer dieser Wahl. Sie verlieren 7,2 Punkte und kommen nur noch auf 1,7 Prozent. Damit scheitern sie deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde und werden nicht mehr im Abgeordnetenhaus vertreten sein. Sie geben 101.773 Zweitstimmen ab und erreichen nur noch 28.332 Stimmen.

Die **sonstigen** Parteien kommen insgesamt auf 7,4 Prozent (-0,9 Punkte). Unter den sonstigen Parteien fallen die Partei DIE PARTEI mit 2,0 Prozent (+1,1 Punkte) und die Tierschutzpartei mit 1,9 Prozent (+0,4 Punkte) auf. Beide erzielen ein besseres Ergebnis als die Piraten.

3. Wählerwanderungsbilanz² und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Berlin 2016

Trotz der gestiegenen Wahlbeteiligung verliert die **SPD** absolut an Stimmen. Sie kann zwar 7.000 Nichtwähler mobilisieren, das reicht aber nicht ansatzweise aus, um die Verluste an anderer Stelle auszugleichen. Die stärksten Verluste verzeichnet die SPD zur AfD. 24.000 frühere SPD-Wähler machen nun ihr Kreuz bei der AfD. Weitere 20.000 Wähler wandern von der SPD zur Linken. Jeweils 11.000 Stimmen wechseln von der SPD zu CDU und FDP. Zusätzlich verliert die SPD 8.000 Stimmen an sonstige Parteien. Lediglich von den Piraten (+5.000) und von den Grünen (+3.000) kann die SPD Stimmen gewinnen.

² Infratest dimap

Die **CDU** verzeichnet ihre größten Verluste zur AfD (-39.000) und zur FDP (-28.000). An die sonstigen Parteien (-3.000) und die Linke (-2.000) gibt die CDU nur wenige Stimmen ab. Dafür gewinnt die CDU 11.000 ehemalige SPD-Wähler für sich. Zusätzlich kann sie 3.000 Nichtwähler und je 2.000 frühere Wähler der Grünen und der Piraten von sich überzeugen.

Die **Linke** profitiert von allen Parteien am stärksten vom schwachen Abschneiden der Piraten. 22.000 ehemalige Piraten-Wähler machen nun ihr Kreuz bei der Linken. Zusätzlich wechseln 21.000 Wähler von den Grünen und 20.000 Wähler von der SPD zur Linken. Weitere 16.000 Wähler der Linken kommen aus dem Nichtwählerlager. Von der CDU kann die Linke lediglich 2.000 Stimmen abziehen. Gleichzeitig verliert die Linke 12.000 Wähler an die AfD, 7.000 Wähler an sonstige Parteien und 2.000 Wähler an die FDP.

Die **Grünen** können einzig von den Piraten 11.000 Wähler hinzugewinnen, an alle anderen Parteien geben die Grünen Wähler ab. Die höchsten Verluste verzeichnen die Grünen mit 21.000 Wählern an die Linke. An die FDP geben die Grünen 9.000 Stimmen ab. Weitere 7.000 Wähler wechseln von den Grünen zu den sonstigen Parteien. Die Grünen verlieren mit 4.000 Wählern vergleichsweise wenig Stimmen an die AfD. Zusätzlich geben sie 3.000 Stimmen an die SPD und 2.000 Stimmen an die CDU ab. Darüber hinaus können die Grünen nicht von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren. Sie verlieren 2.000 Wähler ans Nichtwählerlager.

Die **AfD** kann aus allen Lagern Wähler mobilisieren. Die meisten Wähler der AfD sind ehemalige Nichtwähler mit 69.000 gefolgt von früheren Wählern sonstiger Parteien mit 46.000. Die Wählerwanderung weist nicht aus, wie viele Wähler von der NPD zur AfD gewechselt sind. Die AfD-Hochburgen sind jedoch zu einem nicht unerheblichen Teil Wahlkreise, in denen die NPD 2011 stark war und nun deutlich verloren hat. Das legt

zumindest den Schluss nahe, dass ein Teil der 46.000 AfD-Wähler von sonstigen Parteien von der NPD stammt. Von der CDU wechseln 39.000 Wähler zur AfD, von der SPD 24.000. Jeweils 12.000 AfD-Wähler haben vorher Linke und Piraten gewählt. Zudem wechseln jeweils 4.000 Wähler von den Grünen und der FDP zur AfD.

Die **FDP** kann von fast allen Parteien Stimmen hinzugewinnen. Die meisten Wähler erhält die FDP von der CDU (+28.000). 14.000 ehemalige Nichtwähler entscheiden sich nun für die FDP. Das gleiche gilt für 11.000 frühere Wähler der SPD. Von den Grünen wechseln 9.000 Wähler zur FDP. 4.000 Wähler kann die FDP von den Piraten gewinnen und weitere 2.000 von der Linken. Einzig an die AfD gibt die FDP 4.000 Wähler ab.

Die **Piraten** verlieren in alle Lager und an alle Parteien. Die höchsten Verluste verzeichnen die Piraten an die Linke (-22.000), gefolgt vom Nichtwählerlager. 18.000 ehemalige Wähler der Piraten bleiben der Wahl fern. 12.000 ehemalige Piraten-Wähler machen nun ihr Kreuz bei der AfD, jeweils 11.000 wählen jetzt die Grünen oder sonstige Parteien. Zusätzlich geben die Piraten 5.000 Stimmen an die SPD ab, 4.000 an die FDP und 2.000 an die CDU.

Bei der Sozialstruktur zeigt sich, dass die **SPD** bei Wählern über 60 Jahren, bei Arbeitslosen, Arbeitern und Wählern mit niedriger Bildung überdurchschnittlich verloren hat. Die **CDU** verbucht ebenfalls überdurchschnittliche Verluste bei über 60-Jährigen und Wählern mit niedriger bis mittlerer Bildung. Die **Grünen** verlieren dagegen überdurchschnittlich in den mittleren Altersgruppen, wogegen die **Linke** in den jüngeren und mittleren Altersgruppen überdurchschnittliche Gewinne verbuchen kann. Die **AfD** schneidet bei Wählern zwischen 45 und 59 Jahren überdurchschnittlich gut ab. Besonders gut fällt das Wahlergebnis der AfD bei Männern in dieser Altersgruppe aus, aber auch bei über 60-jährigen Männern kann die Partei gut abschneiden. Zusätzlich wird sie

überdurchschnittlich oft von Arbeitern und Arbeitslosen sowie von Wählern mit niedriger und mittlerer Bildung gewählt (Forschungsgruppe Wahlen und infratest dimap³).

³ Bei manchen Gruppen weichen aufgrund der geringen Gruppengröße die Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen und infratest dimaps voneinander ab. Hier werden nur Zahlen berichtet, in denen beide Institute übereinstimmen.